

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 4 vom 16. April 2013



Spekulanten drücken sich vor Grunderwerbssteuer

Spekulanten klingt immer so abstrakt. Einige verdrehen bei dem Wort "Spekulant" schon die Augen. Abstrakt wird aber ganz schnell konkret. Und dann gibt es verwundertes Augenreiben. Schweinereien von Spekulanten nicht nur zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern im konkreten Fall auch noch zu Lasten von Mieterinnen und Mietern. Realität in einem reichen Land.

Erinnert sich noch jemand an das letzte Jahr um diese Zeit? Richtig, es gab ein Bieterverfahren für die TLG Immobilien GmbH und die TLG Wohnen GmbH. Bei letzterer GmbH ging es um 11.500 Wohneinheiten ausschließlich in Ostdeutschland, bislang im Eigentum des Bundes stehend. Die TLG Wohnen GmbH sollte privatisiert werden. Das hatte schon die große Koalition aus CDU und SPD beschlossen. Wegen der Finanzkrise waren die Preise im Keller und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat den Verkauf deswegen 2008 vorerst gestoppt.

Ende letzten Jahres wurde nun bekannt, dass die bislang bundeseigenen Wohnungen in dem Privatisierungsverfahren an die TAG Immobilien AG gingen. Das Wesentlichste über die TAG Immobilien AG steht auf deren eigener Seite. So weit, so schlecht. Wenn in dem schlechten noch etwas Gutes gesehen werden konnte, dann war das der Anfall der Grunderwerbssteuer bei der TAG Immobilien AG. Die Grunderwerbssteuer fällt beim Erwerb eines Grundstücks an (welche die TLG Wohnen GmbH hatte) und kommt den Bundesländern zugute.

Wenigstens konnte also mit Steuereinnahmen bei den ostdeutschen Bundesländern gerechnet werden, die Verlautbarungen waren schließlich, dass die TAG Immobilien AG die TLG Wohnen GmbH zu 100 Prozent erworben hatte. Doch Spekulanten wären

nicht Spekulanten, wenn sie sich nicht auch trickreich vor Steuern drücken würden. Also Pustekuchen mit der Grunderwerbssteuer.

Wie nunmehr bekannt wurde, hat nicht die TAG Immobilien AG die TLG Wohnen GmbH erworben, sondern zwei andere Gesellschaften. Und jetzt wird es richtig spannend. Mit einem sogenannten Share-Deal wird mal ganz legal die Grunderwerbssteuer umgangen, den Ländern entgehen die Einnahmen. Die Bundesregierung, die sich heute auch gern über ungehemmten Kapitalismus aufregt, hat selbst die gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Wie das geht? Das Grunderwerbssteuergesetz (GrEStG) hat in § 1 Abs. 3 Nr. 1 eine Regelung, nach der die Grunderwerbssteuer nur anfällt, wenn 95 Prozent der Anteile eines Unternehmens an ein anderes Unternehmen übertragen werden. Da Spekulanten natürlich clever sind, werden halt die Anteile zu 94,9 Prozent an das eine Unternehmen verkauft und zu 5,1 Prozent an das andere Unternehmen. Und schwups, die Grunderwerbssteuer fällt nicht an. Jaja, richtig gehört: Wohnungen im Eigentum des Bundes stehend (als TLG Wohnen GmbH) werden verscheuert an eine Aktiengesellschaft und die muss nicht mal Grunderwerbssteuer zahlen.

Doch im Fall der TAG Immobilien AG wird es noch verrückter. Die TLG Wohnen GmbH wurde zu – welche Überraschung – 94,9 Prozent an die TAG Administrationen GmbH verkauft und zu 5,1 Prozent an die TAG Beteiligungs GmbH & Co.KG. Die TAG Administrationen GmbH steht zu 100 Prozent im Eigentum der TAG Immobilien AG und die TAG Beteiligungs GmbH & Co.KG zu 99,5 Prozent im Eigentum der TAG Immobilien AG. Ja, richtig. Die TAG Immobilien AG hat durch ihre Eigentümerschaft an

der GmbH und der GmbH & Co.KG de facto 100 Prozent erworben und muss trotzdem nicht Grunderwerbssteuer zahlen.

Cool aus der Sicht von Spekulanten, dreist aus der Sicht von Steuerzahlerinnen und Mieterinnen. Ob das auch noch legal ist, muss geklärt werden.

Aber legal oder nicht legal, es ist und bleibt eine Sauerei, und dem muss dringend ein Ende bereitet werden. Wer auch immer uns jetzt große Vorträge halten will, warum und weshalb das alles angeblich notwendig sei: Lasst es. Ihr überzeugt uns nicht. Ihr würdet uns nur noch wütender machen.

Da werden Wohnungen an Finanzinvestoren, denen die Mieterinnen und Mieter gleich sind, privatisiert, was schon ein Problem an sich ist. Dass dann die den Ländern zustehenden Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer umgangen werden, ist ein weiteres Problem. Wer solche Subventionierung von Spekulanten ermöglicht, der sollte beschämt schweigen.

Angeblich ist für dieses und jenes kein Geld (kostenloses Schulessen, Jugendclubs, Sportförderung) da, aber diese Steuergeschenke gibt es. Bei jedem kleinen Verstoß gegen irgendwelche meist sinnlosen Auflagen nach dem SGB II wird den Leistungsbeziehenden das Geld gekürzt und denen die das Geld haben wird Geld geschenkt. Merke: Bekommst Du Hartz IV, schauen sie auf jeden Cent. Bekommst Du Wohnungen, bekommst Du noch Geschenke zu Lasten aller.

Es läuft was falsch in diesem Land. Aber richtig.

Steffen Bockhahn
Halina Wawzyniak
Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Klartext

In den letzten Wochen wurden wiederholt Äußerungen von Führungskräften aus Vorständen und Fraktionen bekannt über eine mögliche und wünschenswerte Teilnahme unserer Partei an einer sozialdemokratisch geführten Regierung nach den Bundestagswahlen dieses Jahres. Ich denke, dass nicht nur ich mir meine Gedanken darüber gemacht habe, sondern auch viele andere Mitglieder. Was mich jedoch erstaunt – keine der mir bekannten Mitglieder unserer Bundestagsfraktion und unseres Bundesvorstandes beziehen zu den Äußerungen Stellung. Und was sagen denn eigentlich die beiden Bundestagsmitglieder und gewählten Direktkandidaten für den neu zu wählenden Bundestag Barbara Höll und Mike Nagler dazu? Mich würde ihre Meinung interessieren. Was die Initiatoren solcher Vorstöße betrifft, ist die Äußerung von Lothar Bisky für mich von nicht so großer Bedeutung, da er keine Entscheidungsfunktionen in der Partei mehr hat. Anders verhält es sich mit Gregor Gysi, der als Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag großen Einfluss in unserer Partei besitzt. Seine Meinung hat Gewicht.

Und die hat er mehrfach in den letzten Wochen deutlich gemacht. „Die SPD wird ohne die LINKE bei der Bundestagswahl keinen Politikwechsel erreichen.“ Er meint: „Eine rot-rot-grüne Koalition sei durchaus möglich“ und es „scheitert die Wahl eines SPD-Kanzlers nicht an uns“. Gleiche und ähnliche Äußerungen werden gemacht von unseren beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie von Vorsitzenden der Landesverbände und Landtagsfraktionen usw. usf. Dass diese Angebote an die SPD verbunden werden mit Forderungen nach Entgegenkommen wie beispielsweise in der Renten- Sozial- und Finanzpolitik und dabei auch Konkretes benannt wird wie Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes und einer Vermögenssteuer, Rücknahme der Rente mit 67 u.a.m., habe ich auch zur Kenntnis genommen, aber es geht mir in der Sache um etwas anderes.

Koalitionsangebote an die SPD werden immer wiederkehrend vor Bundestagswahlen gemacht. Sie werden mit der gleichen Regelmäßigkeit von der SPD abgelehnt. Von der Öffentlichkeit wird dieses Verhalten als Anbiederung an die SPD wahrgenommen. Vor allem die Argumentation von Gregor Gysi, die SPD könne ihre Ziele für einen Politikwechsel ohne die LINKE nicht erreichen, macht unsere Partei zum einfachen Erfüllungsgehilfen der SPD. Viele WählerInnen werden sagen, dann wähle ich doch

anstatt die LINKE gleich die SPD. Die Bundestagswahl von 2002 lässt grüßen, die wir genau mit dieser Wahlkampfvariante verloren haben als wir bis auf 2 Abgeordnete aus dem Bundestag flogen. Diejenigen, die damals für dieses Dillamme verantwortlich waren, setzen heute wieder auf die gleiche „Strategie“ im Wahlkampf. Ich denke, dass das nicht gut geht.

Die Entscheidung für eine Beteiligung der LINKEN an einer von der SPD geführten Regierung kann nicht von einigen Zugeständnissen, vom Entgegenkommen der SPD abhängig gemacht werden. Die Frage ist doch, mit wie viel Entgegenkommen sind jene in unserer Partei schon zufrieden, um unbedingt mitregieren zu dürfen. Was fehlt ist das, was ich als große Schwächen in unserer Partei sehe: Analyse der Praxis unserer Politik und deren Verallgemeinerung zur Theorie. Was heißt das im Zusammenhang mit der Thematik? Die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben nicht nur keine politischen Erfolge gebracht, sondern Vertrauensverluste und Wahlniederlagen in Größenordnungen. Aber diese Negativerfahrungen mit Regierungsbeteiligungen haben wir nicht nur als Linke in Deutschland gemacht, sondern auch europaweit. Seit Mitte der dreißiger Jahre wurden von sechzehn Linksparteien (links von der SPD stehend) sechszwanzig Regierungsbeteiligungen eingegangen (einschließlich sieben Tolerierungen). Sie alle haben das mit Vertrauensverlusten und bitteren Niederlagen bezahlt. Das ist nachweisbar. Warum werden diese Erfahrungen von unserer Partei nicht analysiert und ausgewertet, bevor man immer neue Regierungsabenteuer einget? Eben das geschieht nicht. Warum nicht? Wollen sie einige nicht wissen, um ihr Gewissen in der Verfolgung weiterer Regierungsbeteiligungen nicht zu belasten?

Die Theorie als Verallgemeinerung der Praxis von acht Jahrzehnten besagt: Regierungsbeteiligungen von Parteien links der Sozialdemokratie bleiben unter den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen letztlich erfolglos, enden mit Niederlagen und sind deshalb zu unterlassen – es sei denn, sie beruhen auf einer außerparlamentarischen Bewegung (nicht nur „breite gesellschaftliche Bereitschaft“ Gysi), von der eine massive Unterstützung für eine Linke in Regierungsverantwortung ausgeht. Aber davon sind wir gegenwärtig weit entfernt. Das aber ist schon ein anderes Thema.

Paul Glier
SB Süd-Ost

SprecherInnenwechsel in der AG Cuba Sí Leipzig

Die AG Cuba Sí Leipzig gibt bekannt, dass am 29. Januar 2013 die Genn. Antje Soyka einstimmig zur neuen Sprecherin der AG gewählt wurde.

Die bisherige Sprecherin Ruth Guthmann bittet, hierzu folgende Zeilen zu übermitteln:

„Leider bin ich wegen schwerwiegender gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht mehr in der Lage, diese Funktion auszuüben. Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Genossinnen und Genossen sowie bei allen linksgerichteten Parteien, Organisationen und Gruppierungen, die Cuba Sí in ihrer Solidaritätsarbeit unterstützt haben, für die jahrelange gute Zusammenarbeit bedanken. Ich wünsche mir, dass diese Zusammenarbeit weiterhin fortbesteht und in diesem Sinne fortgeführt wird. Der neuen Sprecherin wünsche ich für ihre Tätigkeit viel Erfolg, Gesundheit und Schaffenskraft.“

Ruth Guthmann

„Thüringer Terrortrio“, „Zwickauer Zelle“ oder Neonazi-Netzwerk?

Über den NSU und seine Verbindungen in der (sächsischen) Naziszene, das Agieren der Behörden zwischen Schreddern, Spitzeln und Staatsversagen und die Schwierigkeiten beim Suchen der Wahrheit berichtet die Landtagsabgeordnete **Kerstin Köditz, Obfrau der LINKEN im sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss**. „Dass über ein Jahrzehnt unerkannt gemordet werden konnte, liegt nicht zuletzt am strukturellen Rassismus der deutschen Behörden“, meint sie. Wenig Hoffnungen setzt sie in den Prozess gegen Beate Zschäpe u.a.: „Das Gericht versucht das Verfahren zu entpolitisieren.“

Die, 7.Mai 18:00 Uhr
Karl-Heine- Str. 41, Veranstalter:
DIE LINKE.Südwest

Kein Grund zum Feiern

Vom 11. März bis 24 März fanden in Leipzig die Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Zum zehnten Mal wollte Leipzig unter dem Slogan „toLEranz“ ein Zeichen gegen Rassismus und Voreingenommenheiten setzen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure hatten ein Programm auf die Beine gestellt, mit dem sie ihre Position deutlich machen, aufklären wollten und rassistischen Tendenzen eine Absage erteilten.

Und obwohl es sich nach zehn Jahren diesmal um ein kleines Jubiläum handelte, gab es für Leipzig wenig Anlass sich zu Feiern. Erinnern wir uns an das letzte Jahr als es darum ging, ein neues dezentrales Wohnkonzept für Asylsuchende auf den Weg zu bringen. Die öffentlichen Reaktionen waren teilweise schockierend. Große Menschengruppen besuchten aufgeregt die Konzeptvorstellungen durch den Sozialbürgermeister Fabian, nicht selten wurde dieser verhöhnt und ausgebuht. In Wahren und Portitz hatten sich Bürgerinitiativen gegründet, die Kundgebungen veranstalteten und Unterschriften gegen die Unterbringung in ihrem Stadtteil sammelten. Oft war in der Debatte zu hören „Wir sind nicht gegen Ausländer, aber nicht bei uns!“.

Zum Glück gab es auch Gegenbeispiele. So haben Anwohner_innen aus Plagwitz die Asylsuchenden willkommen geheißen und ihre Hilfe und Mitarbeit angeboten. Der Initiativkreis MENSCHEN. WÜRDIG. hat 5410 Unterschriften für das Wohnkonzept und für weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen für Asylsuchende gesammelt. Denn darum ging es ja eigentlich in dem Konzept, um ein menschenwürdiges Wohnen für Menschen, die aus Armut, Elend und vor Verfolgung geflüchtet sind. Am 23. März konnte nun die ersten Wohneinheiten in der Riebeckstraße 63 besichtigt werden. Im Gegensatz zum bisherigen „Heimstandard“ liegt die Riebeckstraße zentrumsnah, die Räume sind hell und freundlich. Leider stellte sich aber aufgrund der langen Flure und Rollbetten schnell ein Krankensein Eindruck ein. Pro Flur gibt es nur ein Bad mit drei Duschkabinen (also keine Privatsphäre) und keinen Aufenthaltsraum. Das Heim soll „effizient“ belegt werden, in den ersten beiden Etagen sollen sich drei Erwachsene ein Zimmer teilen, im neuen Wohnkonzept war eigentlich eine Belegung mit maximal zwei Personen pro Raum angedacht. Bis zu 70 Personen sollen in dem Heim leben, was unsere Forderung nach kleinen Wohnhäusern für bis zu 50 Personen auch weit übertrifft. Außerdem ist das Gelände von großen Toren umgeben und soll ganztägig bewacht werden.

Menschenwürdig sieht anders aus.

Gleichzeitig hatte die Stadtverwaltung angekündigt das Heim für Asylsuchende in der Torgauer Straße nicht wie beschlossen Ende 2013 zu schließen, sondern erst Ende 2014. Keine annehmbare Entwicklung, da das Heim aufgrund des Zustandes der Zimmer seiner ungünstigen Stadtrandlage im Gewerbegebiet in der Vergangenheit oft in Kritik geraten war.

Eine humanistischere Sicht auf das Thema Asyl und Flucht würde wir uns auch von der Landesregierung wünschen, die im Dezember und Januar in zwei Sammelabschiebungen 31 Menschen nach Mezedonien und 47 nach Serbien abschob, 38 Personen wurden aus Leipzig abgeschoben, davon 15 Kinder, während es in anderen Bundesländern einen Winterabschiebestopp gab. Im sächsischen Landtag wurde deswegen im Januar von DIE LINKE, den Grünen und der SPD ein „Abschiebestopp von Roma, Ashkali und Balkan-Ägyptern in die Staaten der Balkanhalbinsel“ gefordert. Die Gründe sind zahlreich: Viele Roma haben bei der Rückkehr keine Unterkunft, sie können kein Geld verdienen, um sich ein Zimmer oder Lebensmittel für ihre Familien zu leisten und seit kurzen sehen sie harten Strafen seitens der mazedonische Regierung entgegen. Diese reichen vom Streichen des Anspruchs auf Sozialhilfe bis zu Gefängnisstrafen für das Stellen eines Asylantrages innerhalb der EU.

Nach den internationalen Wochen gegen Rassismus gibt es demnach noch viel zu tun, auf dem Weg zu menschenwürdigem Wohnen, im Umgang mit Asylsuchenden, aber vor allem muss noch viel getan werden, damit Rassismus keinen Platz mehr in Leipzig hat.

Mandy Gehrt
migrationspolitische Sprecherin

Ostermarsch 2013

Auch zum diesjährigen Ostermarsch in Leipzig trafen sich am 30. März 2013 die verschiedensten Vereine und Initiativgruppen aus dem friedens- und antikriegspolitischen Spektrum Leipzigs und Umgebung auf dem Nikolaikirchhof. Mit ihren Info-Ständen vor Ort waren u.a. die AG Frieden und Gedenken (Die Linke), der Verein „Mahnwache und Stolpersteine putzen“ sowie der Verein Friedensweg/Friedenszentrum/DFG/VK.

Es galt der Öffentlichkeit und dem sich interessierenden Publikum die Beweggründe für ein Engagement gegen eine Politik der militärischer Aufrüstung und dem Bestand von Waffen- und Rüstungsexporten der Bundesregierung näher zu bringen. Zu den interessantesten und vielleicht symbolistischen Programmeckpunkten gehörten neben der musikalischen Untermalung von zwei Musikgruppen, das Fliegenlassen von weißen Tauben und das traditionelle Umschmieden eines Schwertes zu einer Sichel. Letzteres unterlag dem Schmied Robert Koska aus Ronneburg mit seiner Feldschmiede. Zu der eindeutigen Problematik von Krieg und Frieden sprach neben Torsten Schleip vom Friedenszentrum e. V. u.a. auch Mike Nagler über den nicht unterschätzenden Aspekt der Militarisierung durch einen gleichzeitig einergelhenden Sozialabbau.

Der letzte Programmpunkt des Ostermarsches 2013 bildete die Abschlusskundgebung vor der General-Olbricht-Kaserne im Norden Leipzigs. Grund war hierzu neben der Freude über die Auflösung der 13. Panzergrenadierdivision und des Feldjägerbataillons 351 der Appell für eine friedlichere Gesellschaft und ein Verbot für Rüstungsgüter.

Siggi Mai
AG Frieden und Gedenken

MOZARTLESUNG

„MEIN SCHICKSAL IST LEIDER MIR SO WIDRIG...“

mit Peter Sodann und Franz Sodann

Mittwoch, den 29. Mai 2013, 19:00 Uhr im Liebknechtshaus

Wunderkind, Komponiermaschine, Wahnsinniger oder Genie? Was wissen wir tatsächlich über Mozart? Eine Lesung soll uns den Komponisten des Figaro, der Zauberflöte und des Requiems näherbringen. In Briefen, Zeugnissen und zeitgenössischen Kritiken erfahren wir sehr Persönliches: von großen Erfolgen als Wunderkind, von verzweifelter Suche nach einer Anstellung, von großartigen Opernerfolgen, von Intrigen seiner Konkurrenten am Wiener Hof, von tiefer Traurigkeit, überschäumender Lebensfreude, Geldnot, und vom frühen Tod.

Einen Abend lang wird Mozart wieder lebendig. Der als Tatort-Kommissar bekannt gewordene Peter Sodann und sein Sohn Franz Sodann, ebenfalls Schauspieler, laden Sie ein, in das Leben Wolfgang Amadeus Mozarts einzutauchen. Untermalt wird die Lesung durch ausgewählte Kompositionen einer der größten Musiker aller Zeiten.

Sprechen wir wirklich alle an?

Eine Auswertung zur Veranstaltung „Wir sprechen alle Menschen an“ am 23.03.2013

Erinnern wir uns an den letzten Stadtparteitag der LINKEN Leipzig im November 2012, oder zumindest an den Trubel rund herum. Es gab persönliche Angriffe auf Menschen mit feministischer Positionierung und der Forderung nach gendergerechter Sprache, eine Debatte wurde abgewürgt.*

Der Geschäftsordnungsantrag des Vorsitzenden leitete das Problem an den Stadtvorstand. In der folgenden Sitzung kam es auch nicht weiter als bis zum Austausch von Lebensgeschichten und Ansichten. Um Sprache oder den Umgang miteinander ging es nicht. Mehrere Mitglieder des Stadtvorstandes hatten gar keine Meinung oder behielten sie für sich.

Beschlossen wurde eine Veranstaltung zu Feminismus, Gleichstellung und gendergerechter Sprache in der LINKEN. Insgesamt waren 18 Personen anwesend, darunter Mitglieder der AG LISA, die Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik im Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen, Claudia Jobst, und Mitglieder des Stadtvorstandes inklusive des Vorsitzenden Volker Külöw. Wir wollten über Sprache, besonders im Hinblick auf Geschlecht, miteinander reden. Kulturvoll.

Es begann mit sehr guten Referaten von Martina Große, die unsere Landtagsfrakti-

on u.a. zu Gleichstellung berät, und Peter Porsch. Die historische Entstehung des Feminismus und seine Bedeutung heute wurden erläutert sowie der Zusammenhang von Sprache und Geschlecht, grammatisch, anatomisch wie gesellschaftlich.

In der Diskussion konnte Karin Gründel ihre Gegenposition darstellen, warum sie das generische Maskulinum für ausreichend und Feminismus für scheinbar überflüssig hält. Ines Mehner von der AG LISA sprach über die Situation von Frauen in der Arbeits- und Lebenswelt und machte auf den Feminismus als Querschnittsaufgabe linker Politik aufmerksam.

Die Diskussion an sich war alles andere als kulturvoll: es war schwierig in Ruhe auszusprechen und einige achteten nicht auf die Redeliste. Argumenten kaum zugänglich wurden einige Diskutierende auch laut und aggressiv. Völlige Intoleranz und Verweigerungshaltungen bestimmten den Verlauf der Veranstaltung.

Ein solcher Umgang ist normaler Weise nur von Stammtischrunden bekannt – hier hat DIE LINKE. Leipzig noch einiges an Arbeit vor sich.

Die Äußerung zum „Teeren und Federn“ auf dem Stadtparteitag* wurde aufgegriffen und eine Entschuldigung gefordert. Diese wurde offen abgewehrt. Volker Külöw hat dabei mit keinem Wort eingegriffen. Von einem Vorsitzenden ist doch zumindest

ein klärender Versuch zu erwarten, gerade wenn ein Stadtvorstandsmitglied ausfällig gegenüber anderen wird. Ein der Partei schadenes Verhalten kann kaum eindeutiger sein: Nicht nur programmatische Eckpfeiler sondern auch Mitglieder werden attackiert. Dem ist konsequent zu begegnen.

Ansonsten sieht es düster für die Zukunft der LINKEN in Leipzig aus: Wir werden weiterhin aktive Mitglieder verlieren und kaum neue Menschen für uns gewinnen können. DIE LINKE. Leipzig hat noch einiges in Richtung kulturvoller Umgang miteinander zu lernen. Ein Genosse meinte, er fühle sich als Mann in der Runde nicht wohl, nahm Statistiken und Feminismus als Angriff wahr, zwei der fünf anderen Männer stimmten ihm laut und sehr „männlich“ zu. Ich sage: In einer Partei ohne Feminismus und ohne Respekt voreinander fühle ich mich nicht wohl. Glücklicher Weise stehe ich da nicht allein.

*Hier sei nochmal verwiesen auf: keinge-doens.blogspot.de

Werner Kujat
Gleichstellungsbeauftragter
DIE LINKE. Leipzig

Bemerkungen zur Wahlanalyse im „Durchblick“

Vorbemerkungen

Die Wahlanalyse im „Durchblick“ bereitet sehr detailliert die Wahlergebnisse auf und beschreibt, unter welchen Bedingungen unmittelbar Wahlkampf gemacht wurde. So notwendig das ist, so kurz greift die Analyse, wenn ein Wahlergebnis fast ausschließlich als Ergebnis des Wahlkampfes dargestellt wird. Dabei wissen wir doch, dass Wahlergebnisse Folge langjähriger politischer Arbeit zwischen den Wahlen sind. Was in diesen Zeiten versäumt wird, kann in 6-Wochen-Wahlkämpfen nicht aufgeholt werden. Den fokussierten Blick auf den unmittelbaren Wahlkampf sollten wir erweitern auf grundsätzliche Fragen unserer Politik, auf langfristige Entwicklungen und auf Ergebnisse, die uns nicht zufrieden stellen können.

Der „Durchblick“ kommt schon im Vorwort zur Einschätzung, DIE LINKE. Leipzig wäre aus der OBM-Wahl mit einem „respektablen Ergebnis“ (S.11) herausge-

gangen. Unsere Kandidatin Barbara Höll hat bei ihrer Vorstellungsrede als Direktkandidatin zur Bundestagswahl gesagt, man müsse auch mal sagen dürfen, dass wir ein gutes Ergebnis eingefahren hätten. So war laut Bericht der 48-Stunden-Wahlkampf ein „voller Erfolg“. (S.13)

Wir müssen fragen, welche Kriterien wir eigentlich anlegen, um zu behaupten, Erfolg gehabt zu haben.

Grundsätzliches

Wir haben die dritte Wahl nacheinander erlebt, in der wir die Mehrheit oder eine große Minderheit der WählerInnen nicht überzeugen konnten. Wir müssen in der Stadtpolitik eine grundsätzliche Entscheidung treffen: Wollen wir mehrheitsfähig werden, um überhaupt OBM stellen zu können oder wollen wir darauf verzichten? Konzentrieren wir uns auf „unsere“ Klientel oder auf Mehrheiten? Diese Frage wird weder gestellt noch beantwortet.

Veränderungen in der sozialen Zusam-

mensetzung und politischen Orientierung der Stadtgesellschaft gehen an uns vorbei. Wir haben keine Strategie, mit einem Großteil der Stadtgesellschaft, auch dem Teil, der „links“ zu verorten wäre, ins Gespräch zu kommen. Wie reagieren wir auf Veränderungen in der Bevölkerung, wie etwa in Schleußig?

Wie gehen wir mit der Altersstruktur unserer WählerInnen um? Vor Allem bei den jüngeren Altersschichten sehen wir sehr alt aus. Insgesamt hat Barbara Höll den 3. Platz erreicht. Das ist auch bei den WählerInnen „Jahrgang 1968 und älter“ der Fall. Bei den WählerInnen „Jahrgang 1969 und jünger“ belegen wir aber nur Platz 5! Das dritte Mal nacheinander haben wir keine KandidatInnen präsentiert, die auch nur ansatzweise OBM werden konnten. Das dritte Mal liegen unsere OBM-KandidatInnen 8-10% hinter dem Ergebnis unserer Partei, etwa bei Stadtratswahlen. Das wirft Fragen nach der Personalentwicklungspolitik in unserem

Stadtverband auf und wer die Verantwortung dafür trägt, dass seit Jahren nichts Wirksames passiert ist.

Das Ergebnis dieser OBM-Wahl ist das schwächste seit 15 Jahren. Es ist nicht Folge eines unglücklich verlaufenen Wahlkampfes, sondern langfristiger Versäumnisse.

Ich kann mir das Ergebnis nicht schön reden. Bezug nehmend auf Barbara Höll, kann man feststellen: Man muss auch mal sagen dürfen, dass das ein schlechtes Ergebnis war.

Schönreden

Volker Külöw hat auf dem „Kleinen Parteitag“ die Zielstellung 20%+X herausgegeben. Erstens könnte gefragt werden: Woher der Optimismus? Aber Zweitens: Wie mit 20%+X OBM werden? Was ist aus der behaupteten bundespolitischen Bedeutung der OBM-Wahl geworden? Woher kam man darauf, dass von der Wahl Burkhard Jungs das landespolitische (Über)Leben der SPD abhinge? (siehe ExtraMiB)

Fehleinschätzungen, auch in der Postwahlanalyse, liegen möglicherweise in dem Drang begründet, sich das Wahlergebnis schön zu reden. So ist es laut Durchblick „respektabel“. Dafür, dass es nicht besser wurde, werden, nun ja, Gründe angeführt.

Da wird die Aufspaltung des linken Lagers behauptet. (S.16) Das war aber nie anders. Im Gegenteil, es waren nie weniger KandidatInnen. Weiterhin wird bemerkt, dass der OBM-Wahlkampf in der Öffentlichkeit als Zweikampf zwischen den Kandidaten der SPD und der CDU wahrgenommen wurde und wir darin zer-

rieben wurden. Das war schon 2006 so. Liegt das aber nicht auch am Gewicht unserer KandidatInnen?

Das Reden von der Medienblockade (S.14) ist auch seit Jahren ein wiederkehrendes Motiv, um zu erklären, warum Erfolge ausbleiben. Die Behauptung selbst bedürfte einer genauen Medienanalyse. Dass die Medien uns nicht lieben, kann vermutet werden, aber welche Öffentlichkeitsstrategien haben wir dagegen entwickelt?

Und was soll die Bemerkung, am Ende hätten die WählerInnen es eben einer Frau nicht zugetraut, OBM zu sein? (S.16) Was ist mit Chemnitz, Dresden, Halle, Borna?

Wir kommen in der Analyse nicht weiter, auch nicht zu neuen Strategien, wenn wir Gründe für Misserfolge vorzugsweise auswärts suchen.

Weitere Fragen

Im Punkt 2.4. wird der Umstand, dass sich unsere Partei zwischen zwei Kandidatinnen entscheiden konnte, als für den weiteren Wahlkampf problematisch eingeschätzt. Durchaus nachvollziehbar wird eingeschätzt, dass die Gefahr bestand, „...dass 1. der Gewinner beschädigt wird und 2. Teile der Partei im Nachgang sich nicht im vollen Umfang im Wahlgang engagieren.“ (S.12) Zu fragen ist hier: Was hat denn eine einvernehmliche KandidatInnenfindung verhindert? Und festzustellen ist, dass es eben keine Ideen gab, wie die unterlegene knappe Hälfte eingebunden werden kann. Die Reaktion auf mögliche Untermotivation war Null. Im Gegenteil: Barbara Höll hat Ilse Lauter nach ihrer Kandidatur entlas-

sen, und Ilse wurde auch als Stadtratsfraktionsvorsitzende abgelöst. Das ist das Gegenteil von Motivierung.

Wie geschrieben steht, ist unsere Partei nicht nur eine für den Wahltag, sondern für den Alltag. (S.12) Wie kann es dann sein, dass wir mit dem durchaus provokanten Plakatspruch „Barbara statt Burkhard“ antraten, um „den anfänglich nicht allzu großen Bekanntheitsgrad der Kandidatin (zu) erhöhen.“ (ebenda)? Wieso ist unsere Kandidatin, die seit über 20 Jahren Direktkandidatin unserer Partei in Leipzig ist, nicht bekannt? Es bleibt die Frage: Glauben die WählerInnen den Ambitionen „eingeflogener“ MdBs?

Wieso gab es eigentlich zwei Wahlstäbe? Sind Abstimmungsprobleme (S.13) da nicht vorprogrammiert? Und wieso waren viele AkteurInnen der Wahlstäbe unerfahren? Wie sind denn die Wahlstäbe zustande gekommen?

Wieso waren wir auf den 2. Wahlgang „...weder inhaltlich noch finanziell im vollen Umfang vorbereitet...“ (S.14)? Wir waren uns doch weitgehend einig, „...auf jeden Fall den 2. Wahlgang wahrzunehmen.“ (ebd.)

Fragen über Fragen, fürwahr. Meine Hoffnung ist, dass wir die doch sehr unterschiedlichen Einschätzungen zum Anlass nehmen, uns grundsätzlich über Stadtpolitik und Stadtgesellschaft und die Stellung unserer Partei in Ihr zu verständigen, uns zu streiten und bei der nächsten Basiskonferenz, am 25.Mai 2013 ab 10:30 Uhr im Liebknecht-Haus, zu ersten Ergebnissen zu kommen.

Holger Weidauer

Blick durchs Milchglas

Kommentar zur Wahlanalyse von Volker Külöw und Dietmar Pellmann

Eine Wahlanalyse ergibt nur dann Sinn, wenn sie rückblickend auf das Vergangene Hinweise für zukünftige Wahlen geben kann. Das leistet der „Durchblick“, die Wahlanalyse von Volker Külöw und Dietmar Pellmann, leider nur sehr eingeschränkt. Zwar finden sich die Zahlen des Amtes für Statistik und Wahlen kopiert in der Analyse wieder, nur fehlt zu häufig eine Verknüpfung mit denen im Text gemachten Aussagen, von denen deshalb viele im Reich der Vermutungen und Spekulationen verbleiben. Das alleine ist natürlich nicht allein Versäumnis der Verfasser, war doch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht alles Datenmaterial des Amtes verfügbar, doch auch an ande-

rer Stelle ist der im Namen versprochene Durchblick leider stark getrübt.

So fällt die Bewertung der einzelnen Wahlkampfelemente schwer. Zwar ist mehrfach die Rede davon, dass dieses oder jenes Wahlkampfelement „sehr gelungen“ (S. 14.), „ausnehmend positiv“ (S. 13) oder „ein voller Erfolg“ (S. 18.) gewesen sein soll. Das mag stimmen – oder auch nicht. Beurteilen kann man das nicht, sondern nur glauben. Denn es finden sich im Text keinerlei Kriterien oder Zahlen dafür, wann welche Sache aus welchem Grunde ein Erfolg ist. Auch die „Postkartenaktion“, also die sympathische Idee, dass sich Bürgerinnen und Bürger an der Ausgestaltung des Wahlprogramms beteiligen können, wird im Text als „richtig und wichtig“ bezeich-

net. Wie groß die Beteiligung und Resonanz tatsächlich war, wird jedoch leider nicht erwähnt.

An mehreren Stellen ist von „Aktionen“ die Rede, was zunächst nach groß angelegten, mit viel Aktivität verbundenen Handlungen klingt. So geht es um „Verteilaktionen“, „Briefkastenaktionen“, „Postkartenaktionen“ und sogar „Mailingaktionen“. Insgesamt taucht die im Grunde gleiche Handlungsform, nämlich das fleißige Verteilen von Postkarten in Briefkästen durch viele GenossInnen, gleich unter drei verschiedenen Begriffen auf. Die letztgenannte „Mailingaktion“ meint vermutlich das Versenden einer Email an mehrere AdressatInnen. Genau genommen handelt es sich also um eine „Aktion“, die aus einem Mausclick ei-

ner einzigen Person besteht. Es entsteht der Eindruck, dass es einen Hang dazu gibt, möglichst viele (wenn auch wertvolle!) im einzelnen kleine Handlungen im Nachhinein als großangelegten Plan darzustellen. Auch der Begriff der „Kampagne“ taucht mehrfach im Text auf (S. 12, S. 14), dies jedoch ausschließlich zweckentfremdet. Eine Kampagne ist eine zeitlich befristete, meist aus mehreren Elementen bestehendes und mit einem bestimmten Fokus verbundenes Konglomerat aus Handlungen. Sie ist immer verbunden mit einem fest definierten Ziel, das durch die Kampagne erreicht werden soll. Weiterhin hat sie neben Anfang und Ende auch meistens einen dramaturgischen Plan und deshalb auch einen oder mehrere Höhepunkte. So wie der Begriff der Kampagne im Text jedoch verwendet wird, ist es schlichtweg falsch. Ganz reguläre Elemente der Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Infostand, Gespräch) werden im Nachhinein zur „Kampagne“ umgedeutet – freilich ohne auf die einzelnen Bestandteile und das eigentlich zu erreichende Ziel derselben einzugehen.

Nicht eingegangen sind die Autoren auch auf die bereits vorher im Wahlstab als auch auf der ersten Basiskonferenz von mehreren GenossInnen geäußerte Kritik am Webauftritt im Wahlkampf. (S. 13) Obwohl im Wahlstab von einem entsprechend geschulten Genossen sogar ein Papier mit Verbesserungsvorschlägen eingereicht worden ist, welches auf der Basiskonferenz erneut erwähnt wurde, blieb alles beim Alten. Zahlen (BesucherInnen und Aufrufe im Zeitverlauf) finden sich auch an dieser Stelle nicht. Digitale Soziale Netzwerke bleiben gleich gänzlich unerwähnt.

Dieser selbst gemachten Blockadehaltung gegenüber neuen Medien steht im Papier eine behauptete Blockade unseres Wahlkampfes seitens der etablierten Medien („Medienblockade“, S. 14) gegenüber. Nun ist es zweifelsfrei richtig, dass unsere Partei medial insgesamt nicht gerade geliebt wird und bundesweit in der Berichterstattung gemessen am Wahlergebnis unterrepräsentiert ist (vgl. entspr. Studie IFEM Köln, 2012). Daraus kann jedoch nicht automatisch eine „Medienblockade“ im Leipziger OBM-Wahlkampf abgeleitet werden. Dies wäre – wie das bei ernsthaften Aussagen der Standard sein sollte – mit Fakten zu unterlegen. Statt dies jedoch zu tun findet sich am Ende des „Durchblicks“ putzigerweise ein Sammelsurium von – auch oft wohlwollenden – Presseberichten über unseren Wahlkampf und unsere Kandidatin. (S. 23ff)

Eine andere spannende Frage, die sich den aufmerksamen LeserInnen stellen dürfte,

ist weiterhin, diejenige nach dem Handeln zwischen erstem und zweitem Wahlgang. Zum einen heißt es im Papier, dass es „medial schon lange vorher angekündigt“ gewesen ist, „auf jeden Fall den 2. Wahlgang wahrzunehmen“ (S. 14). Es sei daher auch „keine Überraschung“ gewesen, dass der Stadtvorstand den einstimmigen Beschluss gefasst hat, auch im zweiten Wahlgang anzutreten. Das ist für sich genommen äußerst plausibel, lässt jedoch die folgende Formulierung zumindest etwas seltsam erscheinen: „Mit dieser Beschlusslage im Rücken mussten wir sehr zeitnah ein Konzept für den 2. Wahlgang entwickeln, auf den wir weder inhaltlich noch finanziell im vollen Umfang vorbereitet waren.“ (S. 14)

Eine seltsame Behauptung aus der großen Spekulationskiste bringen die beiden männlichen Autoren wenige Seiten später zu Papier, wo als einer der möglichen Gründe für ein suboptimales Abschneiden bei den Wählerinnen angeführt wird, dass „möglicherweise [...] nicht wenige Wählerinnen einer Frau das Amt“ (S. 16) nicht zutrauen würden. Das ist zum einen, wie vieles anderes, nicht belegt und scheint weiterhin geradezu vor dem Hintergrund einer weiblichen Bundeskanzlerin, vieler Ministerinnen und diverser (auch linker) Oberbürgermeisterinnen in Sachsen und der Republik doch arg bei den Haaren herbeigezogen.

Recht hingegen haben die Autoren mit der Feststellung, dass unsere Partei für jüngere Wählerinnen und Wähler nicht attraktiv genug ist. (S. 16) Ebenfalls zustimmen kann man der Aussage, dass es „falsch“ wäre, „zukünftige Wahlkämpfe vor allem auf jüngere Wählerinnen und Wähler“ auszurichten. Das schreckt zum einen möglicherweise, wie die Autoren auch vermuten, andere WählerInnenklientel ab. Zum anderen ist es nicht selten der Gesamteindruck, der zählt. Die weiteren Ableitungen die im Text jedoch aus dem nicht befriedigendem Ergebnis bei jungen Wählerinnen und Wählern extrahiert werden, sind nicht Lösung sondern Bestandteil des Problems. Zum einen wird behauptet, dass die Partei in „Jugendmilieus kaum verankert“ sei. Da stellt sich mir als jungem Mensch natürlich zunächst die Frage, was die – pardon – beiden älteren Herren sich denn unter „Jugendmilieus“ vorstellen. Sollten zum Beispiel Vereine oder Orte gemeint sein, an denen sich junge Menschen bevorzugt aufhalten, zeigt sich ein differenziertes Bild. Zum einen ist unser Stadtverband an einem dieser Orte tatsächlich nicht in wünschenswerter Stärke (und wenn in oft nachteiligem Auftreten) präsent. Dieser „Ort“ ist die digitale Welt, sind soziale Netzwerke, ist unser Webauf-

tritt. Präsent ist unser Stadtverband zum anderen hingegen, meistens nicht zuletzt durch den Jugendverband, zum Beispiel bei „Leipzig zeigt Courage“, dem „Christopher Street Day“, der „Global Space Odyssey“, diversen kleinen Outdoor-Veranstaltungen, an der Universität, in lokalen Hausprojekten und außerparlamentarischen Gruppen. Auch im Stadtrat wurden seitens unserer Fraktion viele Themen auf die Tagesordnung gesetzt, die besonders junge Menschen angesprochen haben: sei es die Unterbringung von Asylsuchenden oder die Knappheit von Proberäumen. Dabei zeigt das erste Thema recht gut, dass es nicht primär dezidiert „jugendpolitische“ Themen sind, die junge Menschen ansprechen. So wie sich Rentnerinnen und Rentner nicht zwangsläufig am meisten für das Thema Rente (sondern z.B. Frieden) interessieren, so interessieren sich junge Menschen nicht zwangsläufig am meisten für die Themen BAFöG und Kindergeld, sondern möglicherweise für BürgerInnenrechte und die Vermögenssteuer.

Nun muss man dazu sagen, dass zum Beispiel die erhöhte Mitgliedschaft einer Altersgruppe nicht automatisch mit höheren Wahlergebnissen in der gleichen Gruppe einhergeht – und andersherum. Gleichzeitig gilt, dass die Attraktivität einer Partei und auch ihrer KandidatInnen nicht ausschließlich in einem Wahlkampf bestimmt wird, sondern eben auch durch inhaltliche Positionen und ein langfristiges Erscheinungsbild. Insofern lässt die Frage der Autoren, ob man „genügend mit der Lebenswelt der Mehrheit der jungen Menschen“ (S. 16, Anm.: Warum eigentlich nur mit der „Mehrheit“?) vertraut sei klar mit „Nein“ beantworten. Das ist zunächst nicht weiter schlimm und eine wichtige Erkenntnis, so es denn auch Konsequenzen hat. Dazu gehört beispielsweise auch eine bestimmte politische Kultur, die auch auf der zweiten Basiskonferenz erwähnt worden ist. Fragen von Geschlechtergerechtigkeit als „Gedöns“ zu bezeichnen, das zum Teil aggressive Zwischenrufen einiger älterer Herren auf Parteitag, bei öffentlichen Parteiveranstaltungen

Tilman Loos
Jugendpolitischer Sprecher
DIE LINKE. Sachsen

Hinweis:

Die Geschäftsstelle im Liebknechtshaus bleibt am 10. Mai geschlossen!

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Freitag im Monat, 15:30 Uhr, Wahlkreisbüro Volker Külow G-Schwarz-Str 8

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Literaturkabinett im Liebknecht- Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 17. April 2013 ab 14.00 Uhr

Ratsversammlung. Sitzungssal neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6

Do., 18. April 2013 - 18.00 Uhr

Öffentlicher Bildungsabend, Mit Susann Kleinfeld: Die aktuelle Lage in Ägypten und Margittta Hollick zum Besuch der Fraktion in Griechenland, SBV Südost, Gartengaststätte „Am Kärrnerweg“, Holzhäuser Straße

SA., 20. April 2013 - 10.00 Uhr

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863

Geschichtswissenschaftliche Konferenz zur Gründung des ADAV 1863 in Leipzig und ihrer Bedeutung für die Linke. Mit Prof. Dr. Helga Grebing, Prof. Dr. Michael Brie, Dr. Dagmar Enkelmann, Prof. Dr. Klaus Kinner, Prof. Dr. Jutta Seidel, Prof. Dr. Manfred Neuhaus; Moderation: Dr. Detlef Nakath, Daniela Schmohl, Haus des Buches, Gerichtsweg 28, 04103 Leipzig

Mi., 24. April 2013 19.00 Uhr

Einer, der nie schwieg. Szenische Lesung anlässlich des 100. Geburtstages von Stefan Heym. Mit Peter Sodann und Gästen, Dramaturgie: Franz Sodann, Galerie KUB, Kantstraße 18, 04275 Leipzig

Do., 25 April 2013 - ab 10.00 Uhr

Girls Day, in den Abgeordnetenbüros, sowie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Do., 25. April 2013 - 18:30 Uhr

REIHE: Rosa L. in Grünau, Diskussion / Vortrag: Fahrscheinloser ÖPNV, Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04207 Leipzig

Do., 25. April 2013 - 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann. Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16

Sa., 27. April 2013 - 20.00 Uhr

Filmabend der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Thälmann - Sohn seiner Klasse, Eintritt frei, Liebknecht-Haus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Mo., 29. April 2013 - 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken, Bürgerbüro Gohlis, Coppistraße 63, Leipzig

Di., 30. April 2013 - 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag Philosophie/Religion `Klassik´ als Periodenbegriff in historio-graphischen Wissenschaften und in der Kulturgeschichte. Mit Dr. Jürgen Stahl, Leipzig Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Di., 30. April 2013 - 13.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63, Leipzig

Mi., 01. Mai 2013 - ab 10.00 Uhr

Heraus zum 1. Mai:
10:00 Uhr Demonstration ab Volkshaus, Karl- Liebknecht- Straße,
11:00 Uhr DGB Maikundgebung auf dem Leipziger Marktplatz,
14:00 Uhr Maifeier des Stadtverbandes DIE LINKE auf dem Hof des Liebknechtshauses

Di., 07. Mai 2013 - 17.30 Uhr

am Vorabend des 08. Mai wird auf dem Sowjetischen Ehrenhain des Ostfriedhofes der Opfer des Krieges gedacht – in Form eines stillen Ehrengedenkens, gemeinsam mit dem Rabbiner der Israelitischen Religionsgemeinde sowie dem Erzpriester der Russischen Gedächtniskirche

Di., 07. Mai 2013 - 18.00 Uhr

Über den NSU und seine Verbindungen in der (sächsischen) Naziszene, das Agieren der Behörden zwischen Schreddern, Spitzeln und Staatsversagen. Mit Kerstin Köditz, Karl- Heine- Str. 41, Veranstalter: DIE LINKE.Südwest

Di., 07. Mai 2013 - 18.00 Uhr

Vortrag: Der Weg zur Gründung des NKFD im Bezirk Leipzig 1943/44. Referent Erich Köhn. Im Bürgerbüro Gohlis, Coppistraße 63.

Mi., 08. Mai 2013 - ab 17.00 Uhr

68. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus, Bürgerfest auf dem Lindenauer Markt

Mi., 08. Mai 2013 - 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow und der Stadträtin Naomi-Pia Witte, Abgeordnetenbüro Georg-Schwarz- Straße 8

Mi., 08. Mai 2013 - 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volkmarisdorf, Konradstraße 60 a

Linksfraktion beteiligte sich am Leipziger Frühjahrsputz und wurde Bankpate

Es ist bereits eine gute Tradition, dass sich die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE an den jährlich stattfindenden Aktionen zum Frühjahrsputz der Stadt beteiligen. In diesem Jahr waren wir am Sonnabend, dem 6. April im Johannapark, um den Müll zu beseitigen, der sich im Winter angesammelt hat.

Aus Anlass des diesjährigen Frühjahrsputzes übernahm die



Fraktion mit einer Spende von 250 Euro die Patenschaft für eine Parkbank. Die ausgewählte Bank, die sich im Umfeld des Spielplatzes befindet, erhielt eine Patenschafts-plakette und wird hoffentlich vielen Bürgerinnen und Bürgern in den kommenden Sommermonaten den Aufenthalt im Johannapark angenehmer machen.

Rüdiger Ulrich
Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE

8. Mai 2013 - 68. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg - Protesttag gegen das Nazi - Zentrum in Lindenau

17:00 Uhr - 17:15 Uhr

Auftaktkundgebung auf dem Lindenauer Markt

17:15 Uhr - 20:00 Uhr

Programm auf dem Lindenauer Markt mit Bands, Kinderwettbewerben, Infoständen, Lesungen und Beiträgen u.a. von Heinz Ratz & The Refugees

20:00 Uhr - 20:45 Uhr

Demo, anschließend Abschlusskundgebung in der Odermannstraße

Bündnis 8. Mai

Mitveranstalter: DIE LINKE SV Leipzig; DIE LINKE SBV Alt-West



Freiheit für die Cuban Five!

Das Internationale Komitee zur Befreiung der 5 Kubaner (Miami/ Cuban Five) hat vom 30. Mai bis zum 5. Juni 2013 vor dem Weißen Haus in Washington zu einer Aktionswoche aufgerufen. An dieser Aktion wollen wir uns in Leipzig wie folgt beteiligen:

Donnerstag, 30. Mai 2013, 18 Uhr, Informationsabend

Liebnecht-Haus, Braustraße 15, Unter dem Dach, mit Josie Brüning, ¡Basta ya! Netzwerk Cuba - Informationsbüro - e.V. Wer sind die Cuban Five und was waren ihre Ziele? Welche politischen Hintergründe spielten und spielen für ihre fast 15jährige Inhaftierung in den USA eine Rolle? Wie entfaltet sich weltweit der Kampf um ihre Freilassung?

Freitag, 31. Mai 2013, 11 Uhr, Mahnwache für die Freilassung der Cuban Five

Generalkonsulat der USA, Wilhelm-Seyfferth-Straße 4, 04107 Leipzig Übergabe eines Protestschreibens an den Generalkonsul



Heraus zum 1. Mai

10:00 Uhr

Demonstration ab Volkshaus, Karl- Liebnecht- Straße

11:00 Uhr

DGB Maikundgebung auf dem Leipziger Marktplatz

14:00 Uhr

Maifeier des Stadtverbandes DIE LINKE auf dem Hof des Liebnechthauses

Einer, der nie schwieg.

Szenische Lesung anlässlich des 100. Geburtstages von Stefan Heym

Szenische Lesung mit Peter Sodann und Gästen
Dramaturgische Leitung: Franz Sodann.

Mittwoch, 24. April 2013, 19:00-21:00 Uhr

**Galerie KUB
Kantstraße 18
04275 Leipzig**

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11 Fax: 0341/14 06 44 18 web: www.dielinke-leipzig.de email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22 BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Dr. Christina Mertha
Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)
Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 5/2013 ist Freitag, 10. Mai 2013. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.